

26.9.2022 - KNA

Initiativen: Bischöfe müssen mehr Tempo machen bei Reformen

Fulda (KNA) Vor der am heutigen Montag beginnenden Bischofsvollversammlung in Fulda fordern reformorientierte Verbände und Initiativen mehr Tempo bei Reformen in der katholischen Kirche. Es geht nicht schnell genug, erklärte Sigrid Grabmeier von der Initiative Wir sind Kirche am Montag bei einer Online-Pressekonferenz.

Immer weniger Menschen seien noch bereit, lange zu warten und Geduld aufzubringen. Sie fürchte, vielen dauere es viel zu lange, bis sich Bischöfe und Laien beim Reformprojekt Synodaler Weg auf Reformschritte einigten und dann auch noch in Rom die nötigen Weichen gestellt würden. Reformorientierte Bischöfe dürften sich nicht länger von denjenigen ausbremsen lassen, die sich nicht bewegen wollten.

Christian Weisner von Wir sind Kirche fügte hinzu, die Bischöfe müssten in Fulda auch eine überzeugende Lösung finden für die Nachfolge des Trierer Bischofs Stephan Ackermann, der nach zwölf Jahren das Amt des Missbrauchsbeauftragten aufgibt. Dabei gehe es nicht nur um Personen, sondern vor allem um eine inhaltlich konsequente Aufarbeitung des Missbrauchs durch Geistliche. Hier gebe es weiter einen großen Nachholbedarf.

Johannes Norpoth vom Betroffenenbeirat der Deutschen Bischofskonferenz kritisierte in dem Zusammenhang die Verschiebung der Veröffentlichung von Missbrauchsgutachten in Freiburg und Mainz. Aus Sicht der Betroffenen sei es fatal, wenn der Eindruck entstehe, hier werde vor allem Rücksicht auf das Ansehen früherer Bischöfe genommen. Die Bischöfe müssten jetzt in Fulda ein deutliches Signal senden, dass es ihnen wirklich ernst sei mit der Aufarbeitung von Missbrauch. Außerdem müsse die Politik mehr Druck machen, wenn die Kirche es nicht alleine schaffen könne.

Thomas Pöschl vom Katholischen LSBT+ Komitee lobte erste Fortschritte bei den Plänen, im kirchlichen Arbeitsrecht nicht länger die private Lebensführung als Grund für Kündigungen zu akzeptieren. Insgesamt aber müsse noch sehr viel mehr getan werden gegen die Diskriminierung sexueller Minderheiten. LSBT+ steht für Personen, die sich als lesbisch, schwul, bisexuell, Transgender oder queer identifizieren. Queer ist dabei ein Sammelbegriff für Menschen, die nicht heterosexuell sind sowie für Personen, deren geschlechtliche Identität nicht mit gesellschaftlichen Vorstellungen übereinstimmt.

Zuletzt geändert am 28.09.2022